

sechs Wochen morden, vergewaltigen, hinrichten, rauben, brandschatzen konnten, ohne sich danach schuldig zu fühlen oder je dafür angemessen büßen zu müssen.

Makino betont mehr als einmal, wie politisch unkorrekt, will sagen: sich den damaligen Zeitgeist des „heiligen Kriegs“ der sogen. Yamato-Rasse anverwandelt, er sich den Greueln nähert. Keine Gefangene zu machen (wie nie lebend in Gefangenschaft zu geraten) wurde den „modernen“ japanischen Rekruten als verquere Samurai-Doktrin eingedrillt. Tumbe Reisbauernlummel aus Niigata sollten, von den kulturhochmütigen Chinesen als „Piraten“ und „Zwerge“ verhöhnt, mit Bajonett- und Schwertübungen an lebenden Gefangenen ihre Komplexe abtöten. Es zählt zu den rühmenswürdigen Mühen dieses Buchs, daß Makino der japanischen Nanking-Forschung in allen ihren Schattierungen Raum gibt und Gerechtigkeit widerfahren läßt. Was immer er zitiert und analysiert, Soldaten-Tagebücher, Prozeßaussagen, japanischer und chinesischer Generale oder westliche Tatzeugen, wenn es eine Seite gibt, auf die er sich schlägt, dann ist es die des unschuldigen Zivilisten wie des einfachen Soldaten in all seiner Angst, Borniertheit, Grausamkeit. Ein allgemeines Blutbad, „wie in Jerusalem (1096) oder in Bagdad (1258)“, gab es in Nanking nicht, notiert Makino gegen Ende. Der Begriff „Massaker“ scheint ihm angemessen für die Hinrichtung von Gefangenen, nicht aber für den unorganisiert chaotischen Bluttausch disziplinloser, mit Herrenrassen-Propaganda vollgepumpter Truppen.

Wollte man adäquat in die Details von Uwe Makinos aufwendiger Beweisführung gehen, unser empfehlender Hinweis auf diese längst fällige Publikation selbst müßte auf ein Viertel des Originaltextes anschwellen. Allein die Debatte der Opferzahlen mit all ihrem Für und Wider füllt beim ihm viele, fast buchhalterisch anmutende Seiten. Dies ist leider kein Buch für die deutsche, japanische oder chinesische Amazon-Bestenliste. Es ehrt ihn und sein enormes Unterfangen, daß man am Ende nicht mehr die gigantische, fast zu verführerische Zahl von 300.000 Opfern glaubt und braucht, um sich zu empören. Was, wenn es „nur“ 70.000 Ermordete waren? Oder „nur“ eine Vergewaltigte, ein enthaupteter Soldat, ein grinsend aufgespießter Säugling?

Uwe Schmitt (Washington)

Anja OSIANDER: *Der Fall Minamata. Bürgerrechte und Obrigkeit in Japan nach 1945*. München: iudicium 2007. (= Monographien aus dem Deutschen Institut für Japanstudien; Bd. 41) 383 S. ISBN-10: 3891298528. €47,00.

Eine weitere Publikation zum Fall Minamata? Nach so vielen Jahren und nach so zahlreichen anderen Umweltproblemen, die Japan seit den 1950er Jahren geplagt haben? Dies sind sicher die ersten Fragen, die sich beim Blick auf den Titel des Buches von Anja Osiander stellen – zumindest für diejenigen, denen der Quecksilberskandal dieser Ära noch in Erinnerung ist, weil er wie kein anderer die Verfolgung der nationalen Wirtschaftsentwicklung auf Kosten von Mensch und Umwelt in Japan symbolisiert. Doch Anja Osiander behandelt das Thema aus einer eigenen Perspektive, sie wählt Minamata als Fallbeispiel, um daran das Bekenntnis von Regierung und Administration zum Wortlaut der neuen, liberalen Nachkriegs-Verfassung zu untersuchen. Denn gemäß Artikel 13 dieser Verfassung sollen die Grundrechte der Bevölkerung Priorität genießen. Die Frage, „ob den Regierungsstellen in Japan nach 1952 [= nach Wiedererlan-

gung der nationalen Souveränität, C.D.] der Wandel von ihrem obrigkeitlichen Ursprung hin zum liberalen Ideal der neuen Verfassung gelang“ (S.20f.), steht im Mittelpunkt der Arbeit.

Zur Erinnerung: In der Kleinstadt Minamata, Präfektur Kumamoto (Kyûshû), entsorgte das Chemieunternehmen Neue Nichitsu AG (später bekannt als Chissô) in den 50er und 60er Jahren seine Fabrikabwässer in die Bucht der Stadt. Die Abwässer entstanden aus der Produktion von Äthanal und enthielten hohe Mengen an Quecksilber, welches über organische Salz-Verbindungen in die Nahrungskette gelangte und zu einer „rätselhaften Krankheit“ (*kibyô*) bei Menschen und Tieren führte. Die Krankheit führte zu Lähmungen und Gefühllosigkeit in Mund und Gliedern, seltsamen Zuckungen und Apathie bis hin zum Tod. Betroffen waren vor allem die Fischerfamilien, die in der Bucht zum Fischfang ausfuhren und sich auch maßgeblich von ihren eigenen Fängen ernährten. Obwohl sie sich durch diese Verseuchung des Meeres – über Krankheit und Tod hinaus – ihrer ganzen Lebensgrundlage beraubt sahen, versuchte sich das verantwortlich gemachte Unternehmen aber hartnäckig aus der Verantwortung zu stehlen. Auch von Seiten der politischen Instanzen – Präfekturregierung, nationales Parlament, Zentralregierung – erfolgte keinerlei bzw. über Jahre hinweg allenfalls eine halbherzige Maßregelung der Verantwortlichen mittels Gesetzesausführungen oder grundrechtsorientierten Direktiven. Die Folgen des Minamata-Skandals und die gerichtlichen Prozesse, die von den Opfern der Quecksilbervergiftung angestrengt wurden, ziehen sich bis in die heutige Zeit. Das Buch fragt angesichts dieser Geschichte zu Recht: „Wo in dem Drama von Minamata blieb die Politik?“ (S. 116)

Anja Osiander zeichnet im ersten Teil ihrer Untersuchung die Geschichte der Stadt, des Unternehmens, der Krankheit sowie der Proteste und Prozesse in einer Dichte nach, die sich in anderen Publikationen zum Fall Minamata nicht finden. Dazu wertet sie mehr oder minder sämtliche Publikationen, Dokumentationen, graue Literatur und Chroniken aus, die zum Phänomen Minamata zugänglich sind. Die sorgfältige Bestandsaufnahme der Literatur zum Thema und ihre minutiöse Auswertung erfolgen auch in den nachfolgenden Teilen des Buches, d. h. gerade auch in der kritischen Analyse der Veröffentlichungen zur Politik Japans. Darin liegt zweifellos eines der großen Verdienste des Buches. Die Systematik leitet sich dabei aus dem Anspruch her, Regelmäßigkeiten in den bürokratischen Entscheidungsabläufen herauszuarbeiten, die einen Rückschluß auf das Wirken der „politischen Maschinerie“ erlauben. Denn „Regierungsstellen“, wie die Autorin sie in aller Vagheit nennt, handeln nicht in einem luftleeren Raum. Institutionen und Strukturen prägen das Handeln ebenso wie tradierte Vorstellungen, neue Ideen und Wertmaßstäbe, welche Stagnation oder Wandel begünstigen oder bewirken. Unterstellt werden von Osiander lediglich eine gewisse Rationalität, ein strategisches Kalkül und vernunftgeleitete Erwartungen hinsichtlich des Ergebnisses von bestimmten politischen Entscheidungen. Das Erklärungsmodell zur Nachzeichnung der politischen Entscheidungsabläufe, welches sie im zweiten Teil ihrer Arbeit entwickelt, richtet sich daher an den Rahmenbedingungen des politischen Systems und dem Handlungsspielraum der in ihm aktiven Akteure aus. Reflektiert wird das Handeln der Akteure jeweils vor dem Anspruch des Artikels 13 der Verfassung – mit anderen Worten also aus dem Gesichtspunkt heraus, ob die niedergelegten Bürgerechte, das Gemeinwohl und das Bekenntnis zur liberalen Verfassung eingelöst worden sind oder nicht.

Eingebettet in den Rahmen des politischen Handelns, führt Osianders Analyse den Leser auch durch ein halbes Jahrhundert der politikwissenschaftlichen Japanforschung.

Die Lektüre mutet bisweilen wie ein Nachschlagewerk zur politikwissenschaftlichen Beschäftigung mit Japan an. Dieser Eindruck stellt sich vor allem aufgrund der umfassenden Bestandsaufnahme und historisch-systematischen Einordnung der analysierten Werke her. Wenngleich solch eine Bestandsaufnahme, die sich über den gesamten Zeitraum seit 1945 erstreckt, nicht erschöpfend sein kann, bietet die Auswahl, die Osiander für ihren Erkenntniszweck getroffen hat, ein enormes Spektrum an Studien in englischer, deutscher und japanischer Sprache zur Politik Japans. Auch dies ist, ohne Zweifel, ein weiterer großer Verdienst der Arbeit.

Im Hinblick auf die leitende Frage nach der tatsächlichen Einlösung des Verfassungsversprechens gelangt Osiander über verschiedene Zwischenbilanzen zu dem nicht wirklich überraschenden Befund, daß „die Überzeugungen der Akteure und die institutionellen Schwächen des Systems zugunsten des obrigkeitlichen Modells zusammengewirkt“ haben (S.351). Die obrigkeitsstaatlichen Prinzipien der Vorkriegszeit und ihre Manifestationen im Handeln von politischen Entscheidungsbefugten haben gemäß der Untersuchung dafür gesorgt, daß dem Gemeinwohl – hier bezogen auf den Schutz von Gesundheit, Leben und Umwelt in der Stadt Minamata – nur eine nachgeordnete Stellung auf der politischen Agenda der Nachkriegszeit eingeräumt worden ist. Die institutionellen und strukturellen Gründe, die zu dieser Nachrangigkeit geführt haben, werden im Buch klar und deutlich herausgearbeitet. Bemerkenswert ist an der Analyse insgesamt, daß sie niemals in Einseitigkeit verfällt. So werden konsequenterweise auch die Abweichungen vom obrigkeitsstaatlichen Muster dargelegt und die (mutigen) Versuche einzelner Akteure oder Institutionen angeführt, welche unternommen wurden, um den Grundrechten der Menschen zur Geltung zu verhelfen. Diese Unterfangen gingen in der Regel von juristischen Instanzen oder Individuen wie dem Anwalt Gotô Takenori aus, der zum Verbündeten des prominenten Minamata-Aktivistin Kawamoto Teruo wurde. Gotô und Kawamoto stellten das obrigkeitsorientierte Modell der Beziehung zwischen Staat und Bürger radikal infrage und betrachteten die Auseinandersetzung um die Behandlung der Verseuchung als einen Konflikt um die Grundrechte der Geschädigten. Allerdings wurde, und auch dies unterstreicht Osiander, ihre Haltung nicht von allen Opfern der Minamata-Krankheit geteilt (S.339). Dadurch erhielten Alternativen zur gerichtlichen Konfliktregulierung in Form von Schlichtungen oder politisch geförderten Abmachungen zum Schadensausgleich immer wieder Aufwind.

Anja Osiander legt mit ihrer Untersuchung einen überaus dichten, komplexen und umfassend informierenden Fundus an Fakten und Interpretationen zu einem der größten Umweltskandale Japans vor. Die ungeheure Bandbreite der Quecksilberverseuchung wird in Zahlen und Daten deutlich, mehr aber noch in der Analyse des politischen und juristischen Handelns, welches die Regulierung des Konfliktes über mehrere Jahrzehnte hinweg bestimmte. Die Verschiebung von Verantwortung zwischen einzelnen Ministerien und Ämtern, die formal begründete Weigerung der Übernahme von Verantwortung und strukturell bedingte Machtlosigkeit bieten auf der systemischen Ebene eine Erklärung für die mangelnde Beachtung der Rechte der Geschädigten. Dazu treten hanebüchene Argumente, die vom Unternehmen zu seinem Selbstschutz angeführt und von politisch-administrativer Seite akzeptiert wurden. In der Retrospektive machen sie deutlich, wie die mehrjährige Vertuschung des Ursprungs der Verseuchung und die Komplizierung des Verfahrens zur Anerkennung als Vergiftungs-Opfer überhaupt erst ermöglicht wurden. Die politische Entscheidung, dem Unternehmen mit öffentlichen Krediten unter die Arme zu greifen, als ihm aufgrund der Entschädigungszahlungen an die Opfer

der Minamata-Krankheit der Konkurs droht, stellt vor dem Hintergrund der Bürgerrechte eine Ironie der Geschichte dar.

Anja Osiander ist ein ausnehmend lesenswertes Werk gelungen, das nicht nur wegen des spektakulären Falls Minamata eine gewisse Spannung enthält, sondern den Leser, wie gesagt, außerdem noch durch mehr als fünf Jahrzehnte politikwissenschaftlicher Japanforschung „lotst“. Eine Perspektive, die das Buch leider nicht aufgreift, ist der Einfluß der internationalen Ebene auf die (Umwelt-)Politik Japans. Die sollte aber nicht gänzlich ignoriert werden, zumal die Offenlegung des Falls Minamata (und anderer Umweltskandale) vor den Vereinten Nationen im Jahr 1972 der japanischen Regierung einen nicht unerheblichen Gesichtsverlust bereitete und daraufhin auch politische Maßnahmen erfolgten. Dies ist indes die einzige Perspektive, die zur Abrundung der Untersuchung noch hätte einfließen können. Die Arbeit bietet zwei wert- und sinnvolle Zeitleisten zur Entwicklung des politischen Systems in Japan und zum Fall Minamata, die dem Leser die chronologische Orientierung erleichtern.

Geradezu ein Balsam für die Lektüre sind die weniger als zehn Druckfehler auf 383 Buchseiten. Zu beklagen ist dagegen die für eine so renommierte (subventionierte) Reihe äußerst miserable Bindung – das gewichtige Werk verdient es nicht, daß einem schon nach wenigen Malen des Aufschlagens ganze Bögen entgegenflattern.

Claudia Derichs, Hildesheim

Andreas NIEHAUS / Max SEINSCH (Hg.): *Olympic Japan: Ideals and Realities of (Inter)nationalism*. Würzburg: Ergon-Verlag 2007. (= Bibliotheca Academica – Reihe Soziologie; Bd. 5) Brosch. 211 S. ISBN: 978-3-89913-588-6. €32,00.

Der verzweifelte Versuch der tibetischen Minderheit, im Vorfeld der Olympischen Spiele von Beijing die Aufmerksamkeit der Welt(medien) für ihren Widerstand gegen Chinas kulturkolonialistische Politik zu gewinnen, hat ein bewegendes Zeugnis abgelegt für die Komplexität der Bedeutungen, die dem „Fest der Völker“ zu Beginn des 21. Jahrhunderts Sinn zu verleihen suchen. Die Olympischen Spiele sind längst nicht mehr bloß das große wert- und zweckfreie Sportturnier, das sie womöglich auch nie gewesen sind. In den vergangenen Jahrzehnten haben sie sich zum Flaggschiff einer globalisierten Konsum- und Unterhaltungsindustrie entwickelt, an der neben den Sachwaltern des Spitzensports federführend multinationale Medienkonglomerate und Sportartikelhersteller beteiligt sind. Was Reichweiten, Massenaufmerksamkeit, Mobilisierungspotential und Werbewert angeht, ist allein die Fußballweltmeisterschaft der Männer noch in der Lage, mit den Olympischen Spielen mithalten. Alle anderen Sportveranstaltungen spielen in einer anderen Liga. Kein Wunder, daß angesichts der konzentrierten Aufmerksamkeit der ganzen Welt oppositionelle Kräfte ebenso wie die Machthaber alles daran setzen, das Sport-Megaevent für die Verbreitung ihrer Botschaften zu nutzen.

Die Anfälligkeit des Sports für politische Instrumentalisierungsversuche war in der Vergangenheit, bevor die Hyper-Kommerzialisierung des Show- und Spitzensports die moralische Legitimation seiner Missionare (IOC, FIFA etc.) zu unterwandern drohte, auch kein unbekanntes Phänomen, wie praktisch alle der historisch angelegten Beiträge zu *Olympic Japan: Ideals and Realities of (Inter)nationalism* deutlich machen. Abe Ikuo etwa vertritt die Ansicht, daß das wachsende US-amerikanische Interesse am Pazi-